

Kurt Nelhiebel  
**Lasst es nicht wieder geschehen**  
Dankesrede zur Verleihung des Habenhauser Friedenspreises 2020

Ich bedanke mich herzlich für die Zuerkennung des Habenhauser Friedenspreises, die mir zunächst die Sprache verschlagen hat. Bis auf die Mitgliedschaft in der Vereinigung zum Schutz Flugverkehrs-Geschädigter und einen Vortrag über Auschwitz in der Oberschule am Bunnacker Weg kann ich nichts vorweisen, womit ich mich für Habenhausen und seine Bewohner nützlich gemacht haben könnte, es sei denn, ich rief mich als Erfinder der plattdeutschen Nachrichten von Radio Bremen in Erinnerung. Ich bin als Journalist immer nur meinem Beruf nachgegangen, ohne dass meine Umwelt davon sonderlich Notiz genommen hätte. Zumindest war das bis vor einigen Jahren so.

Als es mich nach dem Zweiten Weltkrieg mit einem Antifa-Transport aus der Tschechoslowakischen Republik ins schwäbische Eislingen an der Fils verschlug, staunte der pensionierte Oberlehrer, mit dem ich dort anfänglich beim Wohnungsamt zu tun hatte, dass sich der Neubürger in vier Sprachen verständigen konnte. Er dachte wohl, ich sei irgendwo fern jeglicher Bildungseinrichtung in den weiten Steppen des Ostens aufgewachsen. Ähnliches erlebte ich später immer wieder, wenn ich die geografische Lage meines Geburtslandes zu erklären versuchte. Da verwechselte schnell jemand Tschechien mit Tschetschenien. Dabei liegt die tschechische Hauptstadt Prag in der Nähe desselben Längengrades, an dem auch Berlin liegt, also in der Mitte Europas.

Meine politische Prägung erhielt ich durch meinen Vater, der als Sozialist alter Schule zu jenen zehn Prozent der Deutschen in Böhmen und Mähren gehörte, die sich Hitler nicht in die Arme geworfen haben, als er die Randgebiete der Tschechoslowakischen Republik annektierte. Zur selben Zeit, da die Vertriebenen, darunter auch viele meiner sudetendeutschen Landsleute, 1950 in Bad Cannstatt feierlich die Charta der Heimatvertriebenen verkündeten, saß ich wenige Kilometer davon entfernt in einer Zelle der Haftanstalt Stuttgart und wartete auf meinen Prozess vor einem Gericht der amerikanischen Militärregierung für Deutschland. Ich hatte, wie es in der Vorladung hieß, zusammen mit zwei Jugendfreunden Plakate aufrührerischen Inhalts gegen den kurz davor ausgebrochenen Koreakrieg geklebt und damit die Sicherheit der Alliierten Streitkräfte gefährdet. Die Sache ging aber glimpflich für uns aus.

Damals arbeitete ich als junger Redakteur bei der Stuttgarter kommunistischen Tageszeitung *Volksstimme*. Meine Karriere bei der *Neuen Württembergischen Zeitung* in Göppingen, einer Zeitung ähnlich dem *Weser-Kurier*, hatte ich mir durch einen Artikel gegen die deutsche Wiederbewaffnung verbaut. Der Liebe wegen verschlug es mich im selben Jahr ins Ruhrgebiet, wo ich beim Zentralorgan der KPD, *Freies Volk*, landete, dem meine Stuttgarter Gerichtsreportagen aufgefallen waren. Nachdem die Partei 1956 verboten worden war, nahm mich die in Frankfurt erscheinende antifaschistische Wochenzeitung *Die Tat* in ihre Redaktion auf. Niemand sonst wollte einen wie mich haben. Von dort holte mich neun Jahre später der Chefredakteur von *Radio Bremen*, Harry Pross, an die Weser.

Der liberale Freigeist, Sohn einer württembergischen Industriellenfamilie, später Ordinarius für Publizistik an der Freien Universität Berlin, sah in meinen kritischen Beiträgen zur Renazifizierung und in meinen Reportagen vom Auschwitz-Prozess eine Bereicherung des Programms. Die Verbindung zwischen Harry Pross und mir ist nie abgerissen. In einem seiner letzten Briefe schrieb er mir: „Unsere gemeinsame Radio-Bremen-Zeit ist mir eine kostbare Erinnerung. Dabei sein und nicht dazugehören gibt es in vielen Variationen. Es freut mich noch heute, dass ich meinen Personalvorschlag Nelhiebel gegen Intendanz, Personalrat und Rundfunkrat durchsetzen konnte. Vielleicht ist doch was dran, dass nicht der Gesetzesdienst, sondern der Glaube frei macht (Galater 5, 15). Ich habe Ihnen vertraut, und das erwies sich als richtig.“

Den Auschwitz-Prozess, über den ich auch für eine jüdische Zeitung in Wien berichtete, erlebte ich wie einen Alptraum. Fortan sah ich meine Aufgabe darin, der Nachwelt von dem grauenvollen Geschehen in der Todesfabrik zu berichten. Wer nämlich weiß, was dort geschah, ist für immer gefeit gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus. Leider war den politisch Verantwortlichen in der Nachkriegszeit die Bekämpfung des Kommunismus wichtiger als die Bekämpfung des Nazismus.

Als deutsche Polizisten 1952 bei einer verbotenen Kundgebung gegen die Wiederbewaffnung in Essen erstmals gezielt mit scharfer Munition auf Demonstranten schossen und ein junger Kommunist tödlich getroffen wurde, hielt kaum eine Zeitung das für kommentierenswert. Drei Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland war die Ausgrenzung dieser linken Minderheit bereits wieder so weit gediehen, dass angesehene Blätter wie *Der Spiegel* und *Die Zeit* davon nicht einmal nachrichtlich Notiz nahmen. Und heute wundern sich manche über die Zunahme rechter Gewalt. Immer war von Einzelfällen die Rede, bis nach dem Mord am Regierungspräsidenten Walter Lübcke und der Entdeckung rechter Netzwerke bei der Polizei die Eiterbeule platzte

Noch wenige Tage davor hatte sich Jürgen Habermas, der bedeutendste deutsche Philosoph der Gegenwart, an die Verhältnisse während der Weimarer Zeit erinnert gefühlt und dazu aufgerufen, mit der moralisierenden Diskriminierung der Linken Schluss zu machen. Sein Warnruf blieb ohne Echo. Solange CDU und CSU ein Zusammengehen mit der AfD ablehnen, ist mir nicht bange. Ich wünschte, alle, die wegen Corona auf die Straße gehen, hielten es auch so. Zum Glück hat die deutsche Wirtschaft ebenfalls aus der Geschichte gelernt und zeigt den Nachahmern der Naziapartei die kalte Schulter.

Sorgen macht mir das Schweigen der Gewerkschaften. Im Gegensatz zu früher verläuft die öffentliche Debatte über die Gefahr des Antisemitismus und Rechtsextremismus weitgehend ohne sie. Die Gewerkschaften sind die stärkste demokratische Kraft im Lande. Die Feinde der Demokratie müssen wissen, dass sie bereit stehen, die Demokratie notfalls durch einen Generalstreik zu verteidigen. Wenn die Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung droht und andere Abhilfe nicht möglich ist, hat laut Grundgesetz jeder das Recht zum Widerstand. Der Initiator des Auschwitz-Prozesses, Fritz Bauer, hatte Recht: Nichts gehört der Vergangenheit an, alles ist noch Gegenwart und kann wieder Zukunft werden.

Der Friede von Habenhausen hat nach den Worten von Pastor Lohse keine großen Visionen entfaltet, aber er habe gehalten und funktioniert. Das sei das Große daran. Ich wünschte, die Politiker von heute ließen sich davon inspirieren, statt mit erhobenem Zeigefinger ständig die demokratischen Defizite bei anderen zu beklagen. Jeder kehre vor der eigenen Tür. Wohlstand allein ist kein Kriterium für moralisches Verhalten. Dafür sind die Leichenberge, die Nazi-Deutschland hinterlassen hat, zu hoch. Ihre Schatten werden noch lange über unserem Weg liegen.

Nicht ohne Grund betonen Bundespräsident Steinmeier und Bundeskanzlerin Merkel immer wieder, dass es einen Schlusstrich unter die deutsche Vergangenheit nicht geben kann. Umso bestürzender, dass eine deutsche Finanzbehörde einer Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes die Gemeinnützigkeit entziehen will, weil sie sich den Ruf der befreiten Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald nach Ausrottung des Faschismus mit seinen Wurzeln zu Eigen macht. Die Behörde deutet das als Bereitschaft zum Umsturz. Das ist ein Angriff auf den deutschen Widerstand schlechthin. Dabei war er das einzige Guthaben, das Deutschland 1945 vorweisen konnte. Das Andenken an diese mutigen Frauen und Männer muss in Ehren gehalten werden.

In Frankreich werden alljährlich an einem bestimmten Tag in den Schulklassen letzte Briefe hingerichteter junger Kämpfer gegen den Faschismus vorgelesen, Warum nicht auch bei uns?

Täuschen wir uns nicht. Die gefährliche Sehnsucht nach dem starken Mann und die Bereitschaft zum Vergessen sind größer, als wir denken. Als die Namen der Widerstandskämpfer Sophie Scholl, Graf Stauffenberg und Carl von Ossietzky von den ICE-Zügen der deutschen Bahn entfernt wurden, weil sie angeblich zu viel Platz einnahmen, ließen unsere Meinungsmacher das widerspruchslös geschehen. Zwanzig Jahre liegt der Schurkenstreich zurück.

Doppelt so lange lebe ich nun schon in Habenhausen hinter dem Deich am Werdersee. Die Zuerkennung des Habenhauser Friedenspreises sagt mir, dass ich hier zu Hause bin und genießen kann, was ich damit verbinde: die friedliche Stille über dem Land nach Sonnenuntergang, die freundlichen Nachbarn, das verheißungsvolle Rot der aufgehenden Sonne, wenn sie im Morgendunst wie ein Lampion am Himmel hängt, den Klang der Domglocken bei Westwind, all das und noch etwas anderes, Kostbares, wonach wir uns ein Leben lang sehnen – Geborgenheit. Auch dafür sage ich: Danke. Verabschieden will ich mich mit einem Gedicht, das am Meer bei Albufeira während eines Urlaubs mit meiner vor zwölf Jahren verstorbenen Frau entstanden ist.

### **Heimweh nach Eden**

Barmherzig kühlt dein Atem  
die Stirn mir, Mutter des Lebens,  
wenn ich dein gleißendes Ufer betrete,  
auf der Haut die Glut  
der afrikanischen Sonne,  
und im Haar den harzigen Duft der Pinien  
über den ockerfarbenen Klippen.

An Orangenhainen vorbei  
führte mein Weg mich  
und an schneeweißen Häusern  
mit schattigen Lauben.

Feigen sah ich reifen und Oliven  
zwischen silbern schimmernden Blättern.  
Oleander und Hibiskus malten  
leuchtende Sterne mir auf die Netzhaut.  
Und jetzt das unendliche Blaugrün des Ozeans.

Ach, Mutter des Lebens, dein kühler Atem  
lindert nicht mein Heimweh nach Eden.